

Antrag

der Abgeordneten **Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner, Schwab**
und **Sulzberger**

betreffend: **Neuregelung hinsichtlich Bauten von außergewöhnlicher Architektur
oder Größe sowie publikumsintensiven Veranstaltungsstätten**

Immer wieder zeigt sich, dass es durch die Zunahme von Bauten, insbesondere durch Bauprojekte von außergewöhnlicher Architektur oder Größe und durch projektierte publikumsintensive Veranstaltungsstätten, die für eine Vielzahl von Besuchern angelegt sind, zu Konflikten mit der davon direkt betroffenen Bevölkerung und damit auch zu Diskussionen in der Öffentlichkeit kommt.

Insbesondere stark frequentierte, großvolumige Bauten, wie zum Beispiel Kinos, Diskotheken oder Shoppingzentren, aber auch Sportanlagen und Gebäude zum Zwecke der Religionsausübung ziehen Konflikte im örtlichen Nahbereich aber auch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen und nach sich, sodass in diesen Fällen ein Regelungsbedarf auch auf Ebene der überörtlichen Raumordnung zu erfolgen hat.

Es erscheint daher notwendig, die derzeit geltenden Normen zu adaptieren, um klare Rahmenbedingungen und gesetzliche Bestimmungen für die Bewilligung derartiger Bauvorhaben zu schaffen.

Diesbezüglich ist jedenfalls darauf zu achten, dass bei derartigen Bauvorhaben der traditionell prägende Charakter des Ortbildes in besonderem Maße geschützt wird und dass auf Anrainer die durch ein derartiges Bauvorhaben betroffen sind, ausdrücklich Bezug und Rücksicht genommen wird.

Aufgrund der angeführten Problematik ist eine Überarbeitung und Anpassung an die sich in der Praxis stellenden Probleme des NÖ Raumordnungsgesetzes sowie der NÖ Bauordnung unter Ausbau des Ortsbildschutzes erforderlich.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die für Raumordnung und Bauordnung in Niederösterreich zuständigen Mitglieder der Landesregierung werden im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, einen Entwurf mit Neuregelungen und den notwendigen Anpassungen hinsichtlich der in ihr Ressort fallenden Gesetze auszuarbeiten und dem Landtag vorzulegen.“

Der Herr Präsident wird ersucht diesen Antrag dem Bauausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 21. Jänner 2010 möglich ist.